

## Info aus dem Justizportal NRW

Wie vollstrecke ich die Unterhaltsforderung  
aus der ausl. **öffentlichen Urkunde** in Deutschland?  
bzw.

Welche Unterlagen benötige ich für die **Unterhaltsvollstreckung** in **Deutschland**?

### **Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 (LugÜ 2007)**

#### **Warum kann ich nicht aus der ausl. öffentlichen Urkunde unmittelbar die Zwangsvollstreckung in Deutschland betreiben?**

Ausländische öffentliche Urkunden werden noch nicht automatisch in Deutschland anerkannt.

Die Gläubigerpartei muss zunächst ein bes. Zwischenverfahren für die Anerkennung in Deutschland (bekannt als „Exequaturverfahren“) beantragen.

Mit anderen Worten:

Die Vollstreckung aus der norwegischen öffentlichen Urkunde ist in diesen Fällen erst möglich, nachdem das Amtsgericht - Familiengericht -/der Notar erklärt hat, dass die öffentliche Urkunde in Deutschland vollstreckbar ist.

Die Vollstreckbarerklärungsverfahren (Exequaturverfahren) verursachen oft Verzögerungen und zusätzliche Kosten und können sogar in Einzelfällen zu einer Ablehnung der Anerkennung durch das Amtsgericht/den Notar führen.

#### **Welche Rechtsvorschriften sind für das Vollstreckbarerklärungsverfahren in Deutschland maßgebend?**

Das Vollstreckbarerklärungsverfahren richtet sich nach folgenden Rechtsvorschriften:

- **Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 (LugÜ 2007)**  
- auch „**Lugano II-Übereinkommen**“ (**LugÜ II**) genannt -,
- **Auslandsunterhaltsgesetz vom 23.05.2011 (AUG)**).

Das Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 tritt im Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Vertragsstaaten an die Stelle des Lugano-Übereinkommens (LugÜ), Art. 69 VI LugÜ 2007.

## Wie ist der zeitliche und örtliche Anwendungsbereich des Lugano-Übereinkommens vom 30.10.2007?

Das Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 findet im Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten - einschl. Dänemark - und den Vertragsstaaten Anwendung auf die ab dem Inkrafttreten des vorgenannten Übereinkommens errichteten öffentlichen Urkunden, Art. 63 LugÜ 2007.

Die Vorschrift des Art. 63 II LugÜ 2007 ist dahingehend auszulegen, dass sich das Vollstreckbarerklärungsverfahren nur dann nach dem Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 richtet, wenn der Schuldtitel sowohl im Herkunftsland als auch im Vollstreckungsstaat (Deutschland) im Anwendungsbereich des Lugano-Übereinkommens vom 30.10.2007 fällt.

Den genauen Zeitpunkt der Errichtung der ausländischen öffentlichen Urkunde, für die eine Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007) für das Vollstreckbarerklärungsverfahren in Deutschland benötigt wird, entnehmen Sie daher bitte der anl. Übersicht:

<b>Herkunftsland (Vertragsstaat, in dem der Schuldtitel erlassen worden ist):</b>	<b>zeitlicher Anwendungsbereich des Lugano-Übereinkommens vom 30.10.2007 (LugÜ 2007) für den ausl. Schuldtitel:</b>
Island	01.05.2011
Norwegen	01.01.2009
Schweiz	01.01.2011

## Welche Unterlagen benötige ich für die Zwangsvollstreckung in Deutschland?

Um aus der öffentlichen Urkunde aus einem anderen EU-Mitgliedstaat die Zwangsvollstreckung im Inland einleiten zu können, benötigt die Gläubigerpartei folgende Unterlagen:

- vollstreckbare Ausfertigung der ausl. öffentlichen Urkunde mit Zustellungsbescheinigung,
- die Vollstreckbarerklärung der ausl. öffentlichen Urkunde durch das Amtsgericht - Familiengericht -/den Notar mit Zustellungsbescheinigung.

## Welches Gericht ist für die Vollstreckbarerklärung der ausl. öffentlichen Urkunde zuständig?

Hinsichtlich der Vollstreckbarerklärung ergibt sich die Zuständigkeit aus Art. 39, 57 I LugÜ 2007 bzw. §§ 35 AUG, 23 b GVG.

Der Antrag ist an das Amtsgericht - Familiengericht - am Sitz des Oberlandesgerichts zu richten, in dessen Bezirk der Wohnsitz der Schuldnerpartei liegt oder die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

Hinsichtlich notarieller Urkunden kann der Antrag gem. § 35 III AUG auch an den Notar gestellt werden.

### **Wie ist der Antrag auf Vollstreckbarerklärung zu formulieren?**

Der Antrag lautet gem. § 4 AVAG auf Erteilung der Vollstreckungsklausel.

Der Antrag lautet sinngemäß wie folgt:

Zutreffendes ist angekreuzt!

In dem Vollstreckbarerklärungsverfahren

... gegen ...

beantrage ich die anl. öffentliche Urkunde gem. Art. 41, 57 I Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 (LugÜ 2007) i. V. m. §§ 40, 41 AUG für vollstreckbar zu erklären und mit der Vollstreckungsklausel zu versehen.

Als Zustellungsbevollmächtigten benenne ich folgende Person:

Nach Rechtskraft des familiengerichtlichen Beschlusses beantrage ich die Erteilung eines Zeugnisses gem. § 53 AUG, um die Zwangsvollstreckung in Deutschland uneingeschränkt durchführen zu können.

In der Anlage überreiche ich die vollstreckbare öffentliche Urkunde mit begl. Übersetzung sowie die Bescheinigung gem. Art. 57 IV (Anhang VI) LugÜ 2007 mit je 2 Abschriften.

Der Nachweis über den Bedingungseintritt bzw. die Vollstreckbarkeit der öffentlichen Urkunde für bzw. gegen den Rechtsnachfolger

ist nicht erforderlich.

ist in der Anlage ebenfalls beigefügt.

gez. ....

(Unterschrift)

### **Wie erfolgt die Vollstreckbarerklärung?**

#### **Welche Unterlagen muss ich dem Amtsgericht bzw. dem Notar vorlegen?**

Die im Vollstreckbarerklärungsverfahren vorzulegenden Unterlagen ergeben sich gem. Art. 57 I LugÜ 2007 aus Art. 50, 53 und 55 LugÜ 2007.

Die (vereinfachte) Vollstreckbarerklärung der ausl. öffentlichen Urkunde erfolgt in Deutschland durch Erteilung der besonderen Vollstreckungsklausel, § 40 AUG.

Vorzulegen sind:

- Ausfertigung der ausl. öffentlichen Urkunde
- ausl. Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007),
- ggfs. Nachweis über Verfahrenskostenhilfe im Herkunftsland,
- ggfs. - auf Verlangen des Amtsgerichts/des Notars - :  
Übersetzung der vorzulegenden Urkunden.

Dem vollstr. Schuldtitel nebst begl. Übersetzung sind 2 Abschriften beizufügen, § 36 IV AUG.

Nicht erforderlich ist die Legalisation der erforderlichen Urkunden bzw. die Erteilung einer Apostille zu den erforderlichen Urkunden, Art. 56, 57 I LugÜ 2007.

**Benötige ich für das Vollstreckbarerklärungsverfahren eine Vollstreckungsklausel zum ausl. Schuldtitel?**

Nein.

Die Vorlage des Schuldtitels in Ausfertigung reicht aus, Art. 53, 57 LugÜ 2007.

**Benötige ich für das Vollstreckbarerklärungsverfahren eine Zustellungsbescheinigung zu der ausl. öffentlichen Urkunde?**

Nein,

§ 10 I, III AVAG.

Nach dem Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 ist die Zustellung des Schuldtitels an die Schuldnerpartei keine Vorbedingung für das Vollstreckbarerklärungsverfahren, Art. 42 II, 57 LugÜ 2007.

Die Vorlage einer Zustellungsbescheinigung ist nur erforderlich, sofern und soweit nach dem nationalen Verfahrensrecht des Herkunftslandes die Zustellung Vollstreckbarkeitsbedingung ist.

**Benötige ich für das Vollstreckbarerklärungsverfahren eine ausl. Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007) zu der öffentlichen Urkunde?**

Ja,

Art. 53, 54, 57 IV LugÜ 2007.

Die ausl. Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007) dient als Nachweis für die Vollstreckbarkeit des Schuldtitels im Herkunftsland.

**Benötige ich für das Vollstreckbarerklärungsverfahren eine Bescheinigung über die Zustellung der ausl. Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007) an die Schuldnerpartei?**

Nein.

Weder das Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 noch das Auslandsunterhaltsgesetz sehen eine Zustellung der ausl. Bescheinigung an die Schuldnerpartei vor.

**Benötige ich im Vollstreckbarerklärungsverfahren einen Nachweis über den Bedingungseintritt der Zwangsvollstreckung oder die Vollstreckbarkeit der ausl. öffentlichen Urkunde für oder gegen Rechtsnachfolger?**

Ja.

Hängt die Zwangsvollstreckung von

- dem Ablauf einer Frist,
- dem Eintritt einer anderen Tatsache bzw. anderen Bedingung (z. B.: Gegenleistung der Gläubigerpartei bei Zahlungsverpflichtung der Schuldnerpartei Zug um Zug)

ab, oder wird die Erteilung einer Vollstreckungsklausel für oder gegen eine andere Person als die in der öffentlichen Urkunde genannten Person beantragt, so bedarf es ggfs. des entsprechenden Nachweises.

Für die Frage des Nachweises über den Bedingungseintritt oder die Vollstreckbarkeit für oder gegen Rechtsnachfolger ist jedoch das Recht des Herkunftslandes maßgebend, § 39 I AUG.

**Wird die Schuldnerpartei im erstinstanzlichen Vollstreckbarerklärungsverfahren angehört?**

Nein,

Art. 41, 57 LugÜ 2007.

Eine Anhörung der Schuldnerpartei findet im Regelfall erst im Rechtsbehelfsverfahren vor dem Oberlandesgericht statt, Art. 43 III, 57, LugÜ 2007.

## **Was habe ich im Vollstreckbarerklärungsverfahren zu beachten? Wie ist der Verfahrensablauf?**

Es besteht im Vollstreckbarerklärungsverfahren vor dem Amtsgericht  
- Familiengericht -/Notar kein Anwaltszwang, § 38 II AUG.

Mögliche Anerkennungshindernisse ergeben sich gem. Art. 57 I LugÜ 2007 aus  
Art. 34 und 35 LugÜ 2007.

Hat die ausl. Gläubigerpartei weder einen Verfahrensbevollmächtigten noch einen  
Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland bestellt, können alle Zustellungen im  
Vollstreckbarerklärungsverfahren an ihr bis zur nachträglichen Benennung wirksam  
durch Aufgabe zur Post bewirkt werden, § 37 AUG.

Ist der Gläubigerpartei im Herkunftsland Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden, so  
erhält diese ebenfalls in Deutschland für das Vollstreckbarerklärungsverfahren  
Verfahrenskostenhilfe, Art. 50, 57 I LugÜ 2007.

Über den Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel entscheidet das Amtsgericht  
- Familiengericht - bzw. der Notar, Art. 41, 57 I LugÜ 2007 i. V. m. § 3 III, 37 AUG.

Die Entscheidung ergeht durch Beschluss;

ist die Zwangsvollstreckung aus der ausländischen öffentlichen Urkunde in  
Deutschland zuzulassen, so beschließt das Amtsgericht/der Notar, dass die ausl.  
öffentliche Urkunde mit der Vollstreckungsklausel zu versehen ist, § 40 I AUG.

Die Erteilung der Vollstreckungsklausel erfolgt durch die Serviceeinheit des  
Amtsgerichts/den Notar, § 41 AUG.

Der Wortlaut der Vollstreckungsklausel ergibt sich aus § 41 AUG.

## **In welchen Fällen wird der Schuldtitel für vollstreckbar erklärt?**

Der Schuldtitel wird im Regelfall für vollstreckbar erklärt, falls

- die öffentliche Urkunde im Anwendungsbereich des  
Lugano-Übereinkommens vom 30.10.2007 fällt,
- der Schuldtitel im Herkunftsland vollstreckbar ist  
und
- die Gläubigerpartei die nach Art. 53, 57 LugÜ 2007 erforderlichen Unterlagen  
vorgelegt hat.

Ist der ausl. Schuldtitel nicht hinreichend bestimmbar oder liegen die sonstigen  
Voraussetzungen nicht vor, lehnt das Amtsgericht - Familiengericht -/der Notar den  
Antrag durch Beschluss ab.

Die Bescheinigung (Formblatt VI LugÜ 2007) begründet keine unwiderlegbare  
Vermutung für die Richtigkeit der in ihr enthaltenen Tatsachen.

Die Schuldnerpartei kann im Rechtsbehelfsverfahren nach

Art. 43 ff., 57 LugÜ 2007 gegenüber dem Oberlandesgericht die Unrichtigkeit darlegen und mit allen zulässigen Beweismitteln beweisen.

### **In welchen Fällen wird der Schuldtitel nicht für vollstreckbar erklärt?**

Die Exequaturverweigerungsgründe im Sinne des Art. 34, 35 LugÜ 2007 bleiben zunächst unberücksichtigt, Art. 41, 57 LugÜ 2007; sie werden erst auf den Rechtsbehelf der Schuldnerpartei (Art. 43, 57 LugÜ 2007) im Rechtsbehelfsverfahren vom Oberlandesgericht geprüft.

Das Oberlandesgericht versagt die Vollstreckbarerklärung des ausl. Schuldtitels/hebt die Vollstreckbarerklärung in folgenden Fällen auf:

- Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (ordre public), Art. 34 Zi. 1, 57 LugÜ 2007.

Nach Art. 34 Zi. 1, 57 LugÜ 2007 ist die Vollstreckbarerklärung zu versagen, wenn die Vollstreckung des Schuldtitels gegen den innerstaatlichen ordre public verstoßen würde.

Die Prüfung, ob der ausl. Schuldtitel ggfs. gegen den innerstaatlichen ordre public verstößt, kann sinnvollerweise nur in Deutschland durchgeführt werden.

Ohne eine solche Kontrolle könnte ein ausl. Schuldtitel in Deutschland vollstreckt werden, obwohl sie gegen fundamentale Rechtsnormen der deutschen Rechtsordnung verstößt.

Ein Verstoß gegen den ordre public kommt jedoch in der Praxis selten vor.

### **Was sind die Rechtsfolgen der Anfechtung des ausl. Schuldtitels für das Vollstreckbarerklärungsverfahren?**

Keine.

Das Lugano-Übereinkommen vom 30.10.2007 sieht keine ausdrückliche Regelung für den Fall der Anfechtung des zu vollstreckenden Schuldtitels vor.

Sie regelt lediglich die Aussetzung der Vollstreckung, wenn die Vollstreckung bereits im Herkunftsland ausgesetzt ist.

Das mit dem Rechtsbehelf nach Art. 43, (57, 58) LugÜ 2007 oder Art. 44, (57, 58) LugÜ 2007 befasste Oberlandesgericht kann das Vollstreckbarerklärungsverfahren auf Antrag der Schuldnerpartei aussetzen, falls die Vollstreckung des ausl. Schuldtitels im Herkunftsland wegen der Einlegung eines Rechtsbehelfs/eines Rechtsmittels einstweilen eingestellt worden ist, Art. 46, (57, 58) LugÜ 2007.

**Mit welchem Rechtsbehelf kann die Schuldnerpartei die Aufhebung oder Abänderung des ausl. Unterhaltstitels geltend machen?**

Sofern und soweit die Aufhebung bzw. Abänderung nach der Vollstreckbarerklärung erfolgte, kann die Schuldnerpartei in einem besonderen Verfahren vor dem Gericht die Aufhebung oder Abänderung der Vollstreckbarerklärung beantragen, § 67 AUG.

**Kann ich den ablehnenden Beschluss des Amtsgerichts - Familiengericht -/ des Notars anfechten?**

Ja.

Der ablehnende Beschluss kann von der Gläubigerpartei mit der Beschwerde angefochten werden; die Beschwerde ist unbefristet, Art. 43, 57 LugÜ 2007 i. V. m. § 43 AUG.

**Kann die Schuldnerpartei die Vollstreckbarerklärung des Amtsgerichts - Familiengericht -/des Notars anfechten?**

Ja.

Die Vollstreckbarerklärung des Amtsgerichts - Familiengericht - kann von der Schuldnerpartei mit der Beschwerde angefochten werden; die Beschwerdefrist beträgt im Regelfall 1 Monat, Art. 43, 57 LugÜ 2007 i. V. m. § 43 IV Zi. 2 AUG.

**Kann ich mit der Vollstreckbarerklärung und der Vollstreckungsklausel zu dem vorgenannten Beschluss die Zwangsvollstreckung aus der ausl. öffentlichen Urkunde in Deutschland betreiben?**

Ja.

Bis zur Rechtskraft des gerichtlichen Beschlusses/der Entscheidung des Notars ist die Zwangsvollstreckung auf sichernde Vollstreckungsmaßnahmen (z. B.: Pfändung, Vorpfändungen, Arrest, Sicherungsvollstreckung) beschränkt.

Bis zur Rechtskraft des gerichtlichen Beschlusses/der Entscheidung des Notars

- können Geldbeträge bei der Schuldnerpartei lediglich vom Gerichtsvollzieher gepfändet - jedoch nicht auf das Konto der Gläubigerpartei überwiesen werden;
- kann vom Amtsgericht - Vollstreckungsgericht - lediglich ein Pfändungsbeschluss erlassen werden - nicht dagegen ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluss.

Für die Überweisung der gepfändeten Geldbeträge an die Gläubigerpartei bzw. für den Erlass des Überweisungsbeschlusses ist das Zeugnis des Amtsgerichts/des Notars über die Zulässigkeit der uneingeschränkten Zwangsvollstreckung erforderlich;

ansonsten können nur die Geldbeträge bei der Schuldnerpartei gepfändet bzw. nur der Pfändungsbeschluss erlassen werden, Art. 47 III, 57 I LugÜ 2007 i. V. m. § 41 AUG.

### **Von wem erhalte ich das Zeugnis, dass aus der ausl. öffentlichen Urkunde die Zwangsvollstreckung in Deutschland uneingeschränkt stattfinden darf?**

Auf Antrag der Gläubigerpartei ist von der Serviceeinheit des Amtsgerichts/dem Notar das Zeugnis zu erteilen, dass aus der ausl. öffentlichen Urkunde die Zwangsvollstreckung in Deutschland uneingeschränkt stattfinden darf, § 54 AUG. In der Regel wird das vorgenannte Zeugnis antragsgemäß nach Rechtskraft des gerichtlichen Beschlusses/der Entscheidung des Notars erteilt.

Der Antrag auf Erteilung des vorgenannten Zeugnisses kann bereits zugleich in dem Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gestellt werden.

### **Kann ich aus der Kostenentscheidung des Amtsgerichts/des Notars ebenfalls direkt die Zwangsvollstreckung betreiben? Benötige ich hinsichtlich der Kosten des Vollstreckbarerklärungsverfahrens einen gesonderten Vollstreckungstitel?**

Die Gläubigerpartei kann die Kosten des (vereinfachten) Vollstreckbarerklärungsverfahrens (Gerichtskosten und außergerichtliche Kosten) gesondert im Kostenfestsetzungsverfahren titulieren lassen; für die Kostenfestsetzung ist jedoch in der Regel das Amtsgericht - Familiengericht - zuständig.

Sofern und soweit bei Antragstellung im Vollstreckbarerklärungsverfahren bereits eine Vollstreckungshandlung anhängig ist oder bereits stattgefunden hat, ist dagegen das Amtsgericht - Vollstreckungsgericht - zuständig, § 40 I AUG (wegen der darin enthaltenen gesetzlichen Verweisung auf §§ 788 ZPO, 120 FamFG), vergl. auch Beschluss des Oberlandesgerichts Hamm vom 14. 03. 2011 - 32 Sdb 15/11 -.

### **Welche Kosten entstehen für mich?**

Für die Durchführung des Vollstreckbarerklärungsverfahrens wird vom Amtsgericht/Notar gem. KV Nr. 1710 FamGKG eine Gebühr in Höhe von 240 EUR erhoben

**Benötige ich für die Zwangsvollstreckung in Deutschland die Vollstreckungsklausel des Amtsgerichts - Familiengericht -/des Notars zu der ausl. öffentlichen Urkunde?**

Ja,  
Art. 38 I, 57 LugÜ 2007, §§ 36 I, 41 AUG, 750 I, (794 I, 795) ZPO, 120 FamFG.

**Benötige ich für die Zwangsvollstreckung in Deutschland eine Bescheinigung über die Zustellung der ausl. öffentlichen Urkunde an die Schuldnerpartei?**

Ja.  
In Hinblick auf Art. 42 II, (57, 58) LugÜ 2007, §§ 42 I AUG, 750 I, (794 I, 795) ZPO, 120 FamFG bedarf es der Vorlage einer Zustellungsbescheinigung zu dem ausl. Schuldtitel.  
Eine Zustellung mit Beginn der Zwangsvollstreckung reicht aus.

**Benötige ich für die Zwangsvollstreckung in Deutschland eine Bescheinigung über die Zustellung der Vollstreckbarerklärung an die Schuldnerpartei?**

Ja.  
In Hinblick auf 42 II, 57 LugÜ 2007, § 42 I AUG bedarf es der Vorlage einer Zustellungsbescheinigung zu der Vollstreckbarerklärung.  
Eine Zustellung mit Beginn der Zwangsvollstreckung reicht aus.

**Welche Rechtsvorschriften finden in den Altfällen Anwendung?**

bzw.

**Wie erfolgt die Zwangsvollstreckung in Altfällen?**

Hinsichtlich der Altfälle findet dagegen das Vollstreckbarerklärungsverfahren nach den sonstigen Rechtsvorschriften (in der Regel Haager Unterhaltsvollstreckungsübereinkommen vom 02.10.1973, Brüsseler Übereinkommen/Lugano-Übereinkommen) statt.

Welche Rechtsvorschriften in den vorgenannten Altfällen Anwendung finden, ergibt sich aus dem Länderteil der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO).

**Wo erhalte ich weitere Informationen?**

Hinsichtlich der ggfs. zu beachtenden Besonderheiten in Deutschland wird im Übrigen auf die Informationen der nationalen Auslandsvertretung Bezug genommen.

Die maßgeblichen Rechtsvorschriften entnehmen Sie bitte dem Landesjustizportal:  
[https://www.justiz.nrw/Bibliothek/ir\\_online\\_db/ir\\_hm/index\\_familienrecht.htm](https://www.justiz.nrw/Bibliothek/ir_online_db/ir_hm/index_familienrecht.htm)

### Wie leite ich die Zwangsvollstreckung in Deutschland ein?

Die Zwangsvollstreckung wird je nach Art der Zwangsvollstreckung eingeleitet mit einem

- Zwangsvollstreckungsauftrag:  
[https://www.justiz.nrw/BS/formulare/zwangsvollstreckung\\_pfaendung/gv\\_006\\_neu.pdf](https://www.justiz.nrw/BS/formulare/zwangsvollstreckung_pfaendung/gv_006_neu.pdf)  
Beauftragung des Gerichtsvollziehers mit der Sachpfändung;  
Der Antrag ist an die Verteilungsstelle für Gerichtsvollzieheraufträge des örtlichen Amtsgerichts zu richten.  
Diese leitet den Vollstreckungsauftrag an den zuständigen Gerichtsvollzieher weiter.
- Antrag auf Forderungspfändung:  
[https://www.justiz.nrw/BS/formulare/zwangsvollstreckung\\_pfaendung/ZP313\\_bundesministerium.pdf](https://www.justiz.nrw/BS/formulare/zwangsvollstreckung_pfaendung/ZP313_bundesministerium.pdf)  
Unterhaltsforderung

oder

- Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek in den Grundbesitz der Schuldnerpartei.

### Wo finde ich den zuständigen Gerichtsvollzieher?

Den zuständigen Gerichtsvollzieher in Nordrhein-Westfalen finden Sie in der **landesweiten** Adressdatenbank:  
<http://www.gerichtsvollzieher.nrw.de/>

### Wo finde ich das zuständige Vollstreckungsgericht?

Das Amtsgericht ist zuständig.  
Die Zuständigkeit richtet sich nach dem Wohnsitz/Sitz der Schuldnerpartei oder dem Ort der Zwangsvollstreckung.  
Das zuständige Amtsgericht - Vollstreckungsgericht - finden Sie in der **bundesweiten** Gerichtsadressdatenbank:  
<http://www.justizadressen.nrw.de/og.php?MD=nrw>

**Welche Unterlagen muss ich beifügen?**

Die Vollstreckungsunterlagen und eine aktuelle Forderungsaufstellung sind beizufügen.

**Muss ich als Gläubigerpartei für die Zwangsvollstreckung einen Rechtsanwalt in Deutschland beauftragen oder einen Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland benennen?**

Nein.

Für die Zwangsvollstreckung besteht kein Anwaltszwang.

Im Zwangsvollstreckungsverfahren besteht für die ausl. Gläubigerpartei keine Verpflichtung zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland.

**Wo erhalte ich weitere Informationen über die Zwangsvollstreckung in Deutschland?**

Weitere Informationen finden Sie im Landesjustizportal:

[https://www.justiz.nrw/Gerichte\\_Behoerden/ordentliche\\_gerichte/Zivilgericht/Zwangsvollstreckung/index.php](https://www.justiz.nrw/Gerichte_Behoerden/ordentliche_gerichte/Zivilgericht/Zwangsvollstreckung/index.php)